

Avanti ²

Theoriebeilage

Hans-Jürgen
Schulz:

Ein Unbeugsamer.

ISO Rhein-Neckar

MILITARISMUS UND KRIEGE



BEKÄMPFEN!

INHALT

TITEL

01 KRIEG

Kriegstreiber stoppen

EDITORIAL / INHALT / FRANKREICH

02 FRANKREICH

Vor einem heißen Herbst?

SEITE DREI

03 KRIEG

Kriegstreiber stoppen

KAMPF DEM FASCHISMUS

04 AFD

Was tun?

BETRIEB UND GEWERKSCHAFTEN

06 FRAUENSTREIK

Das Beispiel Schweiz

07 BR-MOBGING I

„Betriebsräte im Visier“?

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

trotz der immer massiveren Auswirkungen der Klimakatastrophe (Hitzerekorde, Brände, Unwetter ...) surfen die blau-braunen Klimaleugner der AfD auf einer bedrohlichen Welle der Umfrageerfolge. Gleichzeitig berauschen sich Kriegstreiber und Militaristen an ihren eigenen Phrasen.

Für uns ist das Grund genug, gegen diese Schattenwelten deutlich Stellung zu beziehen.

Unser Titelbild nimmt deshalb Bezug auf die beste und mutigste Tradition der Antikriegsbewegung hierzulande – an die kühne Befehlsverweigerung der Kieler Matrosen, die direkt zur Novemberrevolution und zum Sturz der Monarchie 1918 führte.

Mit der Theoriebeilage wollen wir die Erinnerung an unseren vor 25 Jahren viel zu früh verstorbenen Genossen Hans-Jürgen Schulz wachhalten.

Wir freuen uns auf Euer Interesse an der neuen Ausgabe von *Avanti*!

Eure Redaktion

Titelbild: Kieler Matrosenaufstand, 5.11.1918. Foto: Archiv Ernst Schmidt/Fotoarchiv Ruhr Museum.

INHALT

08 BR-MOBGING II

Der Skandal bei ProMinent

08 UKRAINE

Gewerkschaftliche Solidarität?

ISO / POLITISCHE BILDUNG

09 HUGO BLANCO

Ein Unentbehrlicher

10 TÜRKEI

Erdogans Endsieg?

11 SOMMERSEMINAR

Kapitalismus als Endstation

RÜCKBLLENDE / TERMINE

12 AFD

Protest in Feudenheim?

12 TERMINE

THEORIEBEILAGE

01 HANS-JÜRGEN SCHULZ

Ein Unbeugsamer

Frankreich: Vor einem heißen Herbst?

M. G.

Gegen die von Staatspräsident Macron letztendlich autoritär durchgedrückte „Rentenreform“ haben im ersten Halbjahr 2023 Millionen Menschen in Frankreich gestreikt und demonstriert.

Der Beschluss der Einheitsfront der französischen Gewerkschaften (*Intersyndicale*) von Mitte Juni des Jahres beinhaltet keinen neuen Protesttermin. Aber in ihrer gemeinsamen Erklärung kündigen die Gewerkschaftsführungen ihre aktive Beeinflussung anstehender Konflikte an.

Im Herbst 2023 stehen Verhandlungen über die paritätisch durch Kapital und Gewerkschaften verwalteten Zusatzrentenkassen (AGIRC-ARCCO) an. Zudem droht eine weitere „Reform“ der Arbeitslosenversicherung. Diese soll nach dem Willen der Regierung insbesondere einen Arbeitszwang beim Bezug von Sozialhilfe festlegen.

Wir werden bald sehen, ob den Worten der *Intersyndicale* Taten folgen ...



Demo gegen „Rentenreform“ in Paris, 31. Januar 2023.

Foto: Martin Noda/Hans Lucas.

Antikriegstag 2023 – Militarismus und Kriege bekämpfen! Unser Leben ist mehr wert als ihre Profite!

H. N.

Die Zeichen der Zeit werden zunehmend bedrohlicher für die große Mehrheit der Menschen. Lautes Kriegsgeschrei, beschleunigte Aufrüstung, fortgesetzte Preistreiberei und eine ungebremste Klimakatastrophe haben nach dem verbrecherischen Überfall des Putin-Regimes auf die Ukraine Hochkonjunktur.

Die Verlierer dieses fest gefahrenen Krieges sind unmittelbar Millionen zivile und militärische Kriegesopfer auf beiden Seiten, vor allem aber in der Ukraine. Tote, Verstümmelte, Gefolterte, Vergewaltigte, Geflüchtete, Verjagte und Traumatisierte. Aber Verlierer sind auch alle Menschen hierzulande. Sie zahlen die Zeche. Ihr Leben wird aufgrund des enthemmten Militarismus immer schwieriger. Die Beschleunigung von Preistreiberei und Sozialabbau trifft die große Mehrheit.

Krieg ist ein Mordgeschäft

Die Profiteure des Krieges sind die Konzerne – insbesondere die Banken als Finanziere des Mordens und die Hersteller von Kriegswaffen, Ausrüstung von Soldaten, Energie, Nahrungsmitteln, Infrastruktur und Pharma. Gewinner sind aber auch diejenigen, die nach der von der Bundesregierung verkündeten „Zeitenwende“ verstärkte Angriffe auf unsere Einkommen und unsere demokratischen, sozialen und ökologischen Grundrechte starten. Auf diesem Nährboden wächst der neue Faschismus scheinbar unaufhaltsam.

Im Hintergrund lauert aber zudem die Gefahr der atomaren Massenvernichtung. Sei es durch den Beschluss der ukrainischen Atomkraftwerke. Sei es durch den direkten Einsatz von Atomwaffen.

Täglich steigt die Zahl der Kriegesopfer. Täglich zerstört das Kriegsgeschehen Gebäude, Infrastruktur und Umwelt. Wer angesichts dieser Tatsachen auf eine militärische „Lösung“ setzt ist entweder Lobbyist der Kriegsprofiteure oder will nicht die Ursachen von Kriegen wie in der Ukraine verstehen.

Imperiale Macht- und Expansionspolitik ist eine politische, soziale und ökologische Herausforderung. Das Handeln der Herrschenden – in Moskau, in Kiew und anderswo – ist von der knallharten Klassenpolitik der jeweiligen Machthaber bestimmt.

Dem begegnen wir nicht, indem wir uns auf die Logik der Kriegspolitik einlassen. Es gilt vielmehr, deren gesellschaftliche Wurzeln offenzulegen und eine Strategie des sozialen Widerstands zu unterstützen.

Sozialer Widerstand statt Aufrüstung

Die Kampfformen des sozialen und zivilen Widerstands sind klar definiert: Verweigerung der Zusammenarbeit mit der Besatzungsmacht, Kundgebungen, Demonstrationen, Streiks, gegebenenfalls auch Sabotageaktionen gegenüber den Repressionskräften.

Mit dem Ausbau eines engmaschigen Kommunikationssystems und gleichzeitig möglichst dezentralen Führungsstrukturen muss es darum gehen, vorrangig die Widerstandskraft zu erhalten und die Mobilisierungsfähigkeit zu erhöhen.

Von großer Bedeutung ist die beharrliche Agitation gegen-

über den niederen Rängen der Besatzungsmacht, um eine Fraternisierung und konkrete Unterstützung des Widerstands gegen die Okkupationsmacht durch diese „Arbeiter in Uniform“ zu erreichen.

Gleichzeitig ist dies die beste Grundlage, um eine grenzüberschreitende Verständigung „von unten“ zu befördern und nicht noch mehr nationalistische Gräben aufzureißen.

Für eine internationale Antikriegsbewegung

Notwendig ist der Aufbau einer breiten internationalen Antikriegsbewegung, die sich für sofortige, umfassende und bedingungslose Abrüstung und für den Stopp aller Waffenlieferungen einsetzt.

Das bedeutet konkret: Wir müssen auch im eigenen Land aufstehen gegen die Abwälzung der Kosten und Folgen von Aufrüstung und Kriegsführung. Wir müssen die Preistreiber, Kriegstreiber und Kriegsgewinnler bekämpfen.

Wir wissen, dass diese und andere Forderungen nur durch eine gemeinsame Front, durch eine starke und gut vernetzte antimilitaristische soziale Bewegung durchzusetzen sind. Wir wissen auch, dass es dafür einer massiven Stärkung von organisierter und organisierender gewerkschaftlicher Gegenmacht der arbeitenden Klasse bedarf. Dafür setzen wir uns gemeinsam mit anderen ein. ■

Unsere Forderungen:

- Sofortiger Waffenstillstand
- Rückzug der russischen Armee aus der Ukraine und ihren Grenzgebieten
- Rückzug der NATO-Truppen aus Osteuropa
- Humanitäre Unterstützung der Zivilbevölkerung
- Uneingeschränkte Unterstützung der Antikriegsaktivitäten
- Solidarität mit demokratisch-sozialistischen Kräften in Russland und Ukraine
- Gleichberechtigte Aufnahme der Flüchtenden aus der Ukraine und anderen Ländern
- Unterstützung aller Deserteure und Kriegsdienstverweigerer
- Vernichtung aller Atomwaffen und Stilllegung aller Atomkraftanlagen
- Milliarden für soziale Verteidigung, Bildung, Gesundheit und Klimaschutz statt für Aufrüstung und Krieg
- Vergesellschaftung und Umbau der Rüstungsindustrie
- Einzug der Extraprofite der Kriegsgewinnler für soziale und ökologische Zwecke
- Austritt Deutschlands aus der NATO und deren Auflösung
- Internationale Klassensolidarität gegen die Herrschenden überall auf der Welt!

Der Aufschwung der AfD und unsere Aufgaben

ISO-KOORDINATION

1.

Der internationale Aufschwung extrem rechter bis faschistischer Bewegungen und Parteien ist Ausdruck der tiefen Krisen des kapitalistischen Weltsystems. Er wurde und wird durch die Vorherrschaft und Verstärkung neoliberaler Strategien gefördert. Die anhaltende politische und organisatorische Schwäche von Linken und Gewerkschaften erleichtern diese bedrohliche Entwicklung.

In der Bundesrepublik marschiert die AfD von einem Umfragehoch zum nächsten. Sie gewinnt nicht nur zunehmend Posten im parlamentarischen Raum, sondern in Verbindung damit auch beträchtliche Einnahmequellen. Die vielbeschworenen „Brandmauern“ gegen rechts werden zunehmend brüchiger. Und schlimmer noch: Die neoliberale und autoritäre Politik der etablierten Parteien ebnet dem weiteren Rechtsruck den Weg (Vertiefung der Klassenspaltung, Einschränkung demokratischer Rechte, Forcieren der Umweltzerstörung, Beschleunigung der Militarisierung, Verschärfung der Flüchtlingsbekämpfung usw.).

Der Aufschwung der extremen Rechten geht einher mit einer Zunahme an rassistischen Übergriffen und Anschlägen gegen Migrant:innen und Einrichtungen für Migrant:innen, sowie mit Attacken gegen Linke und Menschenrechtsinitiativen ebenso wie gegen queere Menschen und Personen mit Behinderungen. Diese Entwicklung stellt eine große Bedrohung und Herausforderung für die gesamte Linke dar. Wir sind mit allen Opfern dieser reaktionären Politik solidarisch und setzen uns für gemeinsame Schutzabkommen unter linken und gewerkschaftlichen Kräften ein.



Mannheimer Kundgebung am 1. Mai 2020.

Foto: Barbara Straube.

Der mediale und gesellschaftliche politische Diskurs wird von den etablierten Parteien und den Agenturen der herrschenden Klasse insgesamt nach rechts verschoben. Damit werden weitere sozialpolitische Angriffe und Kürzungen vorbereitet. Die Wahlkämpfe im Herbst dieses Jahres, die Europawahlen und Landtagswahlen in 2024 und wahrscheinlich auch die Bundestagswahl 2025 sind bereits bzw. werden aufgrund des Druckes der AfD stark von den Themen Migration, Flüchtlingspolitik, Alltagsrassismus und Kriminalität bestimmt.

Die von den europäischen Regierungen, der EU und von der Ampel-Regierung in Berlin beschlossene weitere Aushöhlung des Asyl- und Einwanderungsrechts werden dafür nur ein Vorspiel sein. Auch die angebliche Menschenrechtspartei DIE GRÜNEN hat diesen Regierungsmaßnahmen zugestimmt.

Die Debatte über Integration der AfD in das Regierungsgeschäft wird beständig zunehmen. Die Zusammenarbeit der bürgerlichen Parteien mit der AfD auf kommunaler und bald auch Landesebene wird von der heutigen Ausnahme immer mehr zu einer Regel werden. Das müssen wir regelmäßig enthüllen und bekämpfen.

2.

Es gibt keine Gemeinsamkeiten zwischen der AfD und der Linken. Die ISO lehnt jedes Zusammengehen mit der AfD in gemeinsamer Propaganda gegen die Regierungspolitik ab. Wir unterschreiben keine gemeinsamen Appelle, wir unterstützen nicht ihre parlamentarische Initiativen und Anträge. Wir lehnen ebenso eine Taktik ab, gemeinsame linke Aufrufe und Initiativen so zusammenzustreichen und zu entpolitisieren, dass auch rechte Kräfte mitmachen könnten.

Auch mit Organisationen, die zu Propagandablöcken mit der AfD bereit sind, arbeitet die ISO nicht zusammen. Das betrifft Gruppen wie „Die Basis“, „Die Unbeugsamen“, „aufstehen“ usw.

Wir treten für eine breite Aktionseinheit auf allen Ebenen und den Aufbau einer sozialen Front gegen Faschismus ein, die in keinem Widerspruch zu unseren Positionen steht. Wir rufen dazu in der Regel mit eigenen Aufrufen der ISO oder uns sehr nahe verbundener Partner:innen auf.

Kommen zu diesen Aktionen auch Unterstützer:innen der AfD, so werden wir verhindern, dass sie AfD-Banner und -Materialien verteilen. Das muss über Ordnerdienste und ähnliche Absprachen im Vorfeld geklärt werden.

Ohne solche Erkennungsmerkmale werden wir keine Ausschlussmaßnahmen oder Gesinnungsprüfungen bei Teilnehmer:innen an von uns mitorganisierten Aktionen durchführen.

3.

Gegen öffentliche Aktionen, Parteitage und Kundgebungen der AfD und anderer extrem rechter bis faschistischer Organisatio-

nen und Bündnisse mobilisieren wir gemeinsam mit anderen antifaschistischen und antirassistischen Kräften. Wir rufen zu politischen Gegenaktivitäten auf, in deren Mittelpunkt die linken alternativen Inhalte und Forderungen stehen müssen.

Auch Anti-AfD-Kampagnen in „Wahlkämpfen“ (Brauner-Sack-Aktion an AfD-Ständen u. ä.) unterstützen wir.

Bündnisse, die sich für solche politischen Kampagnen gebildet haben (Aufstehen gegen Rassismus, lokale Strukturen „Gegen rechts“ oder „Stellt sich quer“-Gruppen) werden wir unterstützen und uns nach unseren Kräften an diesen Aktivitäten beteiligen.

4.

Wir lehnen eine Kampagne „Verbot der AfD“ ab. Wir sind der Meinung, dass sich eine Partei mit vielen Millionen Wähler:innen nicht mit staatlichen Verboten bekämpfen lässt. Es ist zudem offensichtlich, dass staatliche und halbstaatliche Institutionen, die ein solches Verbot durchführen müssten, viel zu sehr mit den rechten Kräften strukturell verbandelt sind.

Aber wir werden unsere Kritik an einer Verbotskampagne nicht zum Ausschlussgrund für gemeinsame Aktivitäten machen.

Wir wollen eine offene und eindeutige Bewegung gegen die AfD und die Rechtsentwicklung fördern, um ihre Unterstützerbasis zu schwächen – ohne demokratische Rechte für alle einzuschränken oder zu zerstören.

5.

Die AfD ist eine Bedrohung für die Handlungsmöglichkeiten und die Existenz von Gewerkschaften und betrieblichen Interessenvertretungen. Die AfD wird überdurchschnittlich oft von Gewerkschaftsmitgliedern gewählt. Die ISO tritt deshalb für eine aktive und aktivierende Gewerkschaftspolitik gegen diese Gefahr in Betrieb und Gesellschaft ein. Sie unterstützt Initiativen der Gewerkschaften gegen AfD- oder AfD-nahe Gruppen wie Zentrum Automobil in den Betrieben und Verwaltungen. Betriebs- und Personalräte müssen im Umgang mit rechter Alltagskultur geschult und unterstützt werden. Wir werden uns in keinem Fall an Listen zur Betriebsratswahl mit AfD-Mitgliedern beteiligen, auch dann nicht, wenn sie als „Oppositionslisten“ gegen verkümmerte DGB-Bürokraten antreten.

Rassistische, sexistische und rechtsradikal begründete Übergriffe gegen Kolleg:innen sind heute bereits Grund für verhaltensbedingte, auch fristlose Kündigungen. Das sollte so bleiben, wird aber unter Wahrung aller Regeln des Kündigungsschutzgesetzes im Einzelfall zu prüfen sein.

Die ISO ist für die offensive Auseinandersetzung mit Mitgliedern der AfD oder anderer rechtsextremer Organisationen in den Gewerkschaften. Hier gilt ebenfalls das Argument, dass sich ein politischer Masseneinfluss mit Ausschlüssen nicht zurückdrängen lässt.

6.

Für die ISO ist der Kampf gegen rechts untrennbar verbunden mit dem Kampf gegen die verheerende und zerstörerische Logik des kapitalistischen Wirtschafts- und Herrschaftsystems, die wir grundlegend und nachvollziehbar in Frage zu stellen haben. Diese Herausforderung hat eine theoretische und eine praktische Form. Wir müssen sie sowohl lokal als auch national und international angehen. Ein Mittel zur Veränderung von gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen sind kämpferische Aktionsein-



Mannheimer Kundgebung am 1. Mai 2020.

Foto: Barbara Straube.

heiten, vor allem wenn sie Ansätze für eine praktische Einheitsfront der arbeitenden Klasse fördern. Unser Aktionsschwerpunkt liegt daher im Aufbau von außerparlamentarischer Opposition.

Um unsere Kritik an der Rechtsentwicklung gemeinsam mit anderen wirksam und glaubwürdig werden zu lassen, dürfen wir einer zentralen Frage nicht ausweichen. Wie können wir unsere örtlichen und bundesweiten Strukturen für den Kampf gegen rechts stärken, besser vernetzen und handlungsfähiger machen? Unabhängig von dem jeweiligen politischen Aktionsfeld wird es ohne diese bewusst organisierten und solidarisch handelnden Strukturen keine Wahrnehmung der durchaus existierenden Chancen für Widerstand geben – weder im Kleinen noch im Großen. Dabei zwingend erforderlich sind die kontinuierliche Bündelung und der Austausch über unsere Aktivitäten im Kampf gegen rechts.

Die ISO sieht es als ihre Aufgabe an, hierbei eine vorantreibende Rolle zu spielen und öffentlichkeitswirksame Materialien zur Verfügung zu stellen.

Unsere strategische Orientierung im Kampf gegen rechts und gegen Armut, Ausbeutung, Unterdrückung, Umweltzerstörung und Krieg ist nicht neu, aber dennoch hochmodern: Wir wollen geduldig unsere gesellschaftliche und betriebliche Verankerung stärken und damit den Aufbau einer handlungsfähigen, nützlichen und glaubwürdigen Sektion der IV. Internationale in Deutschland ermöglichen. Hierbei setzen wir auf eine aktive und solidarische Bündnispolitik mit anderen Kräften und Strömungen der sozialistischen Linken und der Arbeiter:innenbewegung. Wir vernachlässigen jedoch nicht unseren eigenen organisatorischen Aufbau als einem nützlichen Instrument der Widerstandsbewegungen.

Am 20. August 2023 von der Koordination der ISO diskutiert und in der generellen Linie beschlossen. ■

„Lohn, Zeit, Respekt“ Frauenstreik in der Schweiz

N. B.

Mehr als 300.000 Menschen haben laut dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund SGB am Frauenstreik in der Schweiz am 14. Juni teilgenommen.

Das Motto der Streikenden: „Lohn, Zeit, Respekt“ – höhere Löhne insbesondere in klassisch „weiblichen“ Berufen, mehr Zeit für bezahlte wie unbezahlte Sorgearbeit, Respekt statt erniedrigendem Sexismus.

Frauenstreik am 14. Juni?

Das klingt erstmal ungewöhnlich. International wird der Frauentag am 8. März begangen. In der Schweiz orientiert sich das Datum des Frauenstreiks an einem Ereignis in der Geschichte des Landes: Am 14. Juni 1981 stimmte die Mehrheit der stimmberechtigten Schweizer:innen für die Aufnahme des Gleichstellungs-Artikels in die Verfassung. Genau 10 Jahre später, am 14. Juni 1991, gingen hunderttausende Frauen für eine konsequente Umsetzung des Artikels und für die Frauenemanzipation auf die Straße, ebenso wie sie in den Jahren 2019 und nun 2023 streikten.

Aktivitäten in Gewerkschaften und Betrieben

Dabei spielen in der Schweiz die Gewerkschaften eine bedeutende Rolle in der Organisation des Frauenstreiks – und zwar nicht in Sektempfängen, Soiréen und mit roten Rosen, wie mancherorts in Deutschland üblich. Nein, am 14. Juni in der Schweiz riefen die Gewerkschaften die Frauen zum Streik auf und organisierten Aktionen in Betrieben. So verlängerten Pharma-Assistentinnen in Apotheken des Kantons Waadt ihre Pause und in Zürich legten Frauen in Reinigungsbetrieben ihre Arbeit zeitweise nieder.

Care-Demo: Sorgende und Sorge-Bedürftige

In Basel wurde der Streiktag von einer Care-Demo (auch: Kinderwagen/Rollstuhl/Rollator-Demo) eröffnet: eine Demo für alle, die Sorgearbeit leisten oder/und auf Sorgearbeit angewiesen

sind. Sorgearbeit meint alle Tätigkeiten, in denen Menschen sich – bezahlt oder unbezahlt – um andere Menschen kümmern: in der Pflege, Betreuung und Erziehung von Kindern, Alten und anderen Personen, aber auch durch Tätigkeiten im Haushalt oder in der Beziehungs- und -arbeit.

Internationalismus

Nicht nur mit dieser Demo drücken die Aktivistinnen des Frauenstreiks Basel aus, dass sie die Frauenemanzipation in einem komplexen Kontext sehen und angehen. Ihr Aufruf stellt auch den internationalistischen Charakter der Frauenbewegung heraus:

„Unsere Streikbewegung steht auf den Schultern der historischen Frauenbewegung. Unsere Forderungen machen an den Landesgrenzen nicht halt. Am 14. Juni solidarisieren wir uns mit den Frauen in Afghanistan, den Demonstrierenden in Iran, der feministischen Antikriegsbewegung in Russland, den Sportlerinnen in Indien und all jenen, die hier ungenannt bleiben müssen, weil wir sonst weitere fünf Seiten füllen würden.“

Arbeitszeitverkürzung und andere Forderungen

Seit Jahrzehnten tragen Organisationen wie die ISO unter anderem die zentrale Forderung nach Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich vor. Sie spiegelt sich auch in dem Motto „Lohn, Zeit, Respekt“ der Schweizer Aktivistinnen wider: Die reguläre bezahlte Vollarbeitszeit muss verkürzt werden, um allen Arbeitenden – Frauen wie Männern – zu ermöglichen, neben der Lohnarbeit auch unbezahlte Sorgearbeit außerhalb der kapitalistischen Verwertungszwänge zu leisten.

Eine Verkürzung der regulären Arbeitszeit darf aber nicht mit einer Lohnkürzung einhergehen. Sie darf auch nicht zur Folge haben, dass die gleichen Arbeiten im Beruf in kürzerer Zeit verrichtet werden müssen. Die Verkürzung der Arbeitszeit muss angesichts der Inflation mit Lohnerhöhungen einhergehen, insbesondere in den zumeist schlecht bezahlten klassisch „weiblichen“ Berufen. Verkürzte Arbeitszeiten ermöglichen zudem, mehr Menschen einzustellen. Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohn- und Personalausgleich bedeutet Bekämpfung von Erwerbslosigkeit, prekärer Arbeit und Armut.

Für antikapitalistischen und revolutionären Feminismus

Diese Forderung steht jedoch nicht allein. Auf der Webseite der schweizerischen Bewegung für den Sozialismus (BFS) werden die vielfältigen Bereiche der Produktion und Reproduktion, die Kollektivierung von Vermögen und Produktionsmitteln, die Überwindung von Gewalt und Diskriminierung erläutert. In all diesen Bereichen braucht es grundlegende Veränderungen, um die Emanzipation der Frau voranzutreiben: in einem antikapitalistischen und revolutionären Feminismus, der die Frauenunterdrückung an ihren Wurzeln fasst. ■



Frauenstreik in Zürich, 14. Juni 2023.

Foto: bfs.

„Solidarität stärken!“

10. Konferenz „Betriebsräte im Visier“ am 14.10.2023 in Mannheim

H. N.

Am Samstag, den 14. Oktober 2023, findet bereits zum zehnten Mal im Mannheimer Gewerkschaftshaus die bundesweite Konferenz „Betriebsräte im Visier“ statt. In immer mehr Unternehmen wird BR-Mobbing und Gewerkschaftsbekämpfung als „normal“ angesehen. Nur in Einzelfällen gelingt den Gewerkschaften bisher die Organisation einer erfolgreichen Gegenwehr.

Das aktuelle Beispiel des Dosierpumpenherstellers ProMinent in Heidelberg rückt diese brandgefährliche Entwicklung in ein besonders grelles Licht. Dort wurde im Vorfeld der insgeheim geplanten Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland der gewerkschaftlich organisierte Betriebsrat erfolgreich zerschlagen. ProMinent ist nicht irgendein Betrieb. Einer der drei Geschäftsführer ist Rainer Dulger, seines Zeichens Präsident der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und damit höchster Vertreter des deutschen Kapitals. Die zuständige Heidelberger Geschäftsstelle der IG Metall schaut dem kriminellen Treiben bei ProMinent weitgehend passiv zu.

In der Einladung zur diesjährigen Konferenz heißt es: „Im Zentrum unserer diesjährigen Konferenz steht zum einen die Notwendigkeit, Solidarität auch überbetrieblich zu entwickeln. Zudem wollen wir uns mit erfolgreichen Methoden zur Verteidigung unserer Rechte im Betrieb befassen. Nicht zuletzt werden wir danach fragen, wie sehr das deutsche faschistische Arbeitsrecht auch heute noch nachwirkt.“

Gegen das „Recht des Stärkeren“

Die Entschließung der letztjährigen Tagung hatte festgestellt: „Die Durchsetzung eines ‚Rechts des Stärkeren‘ in prominenten und weniger prominenten Firmen und Einrichtungen ist unakzeptabel und muss konsequent bekämpft werden. In der Öffentlichkeit werden diese kriminellen Machenschaften bisher jedoch nach wie vor viel zu wenig wahrgenommen und angeprangert. Das ermutigt die Täter, die zudem in der Regel weder rechtlich verfolgt noch belangt werden. Die gemobbten und gekündigten

Opfer müssen hingegen ihre Unschuld beweisen. Das ist ein nicht hinnehmbarer Skandal. Konstruierte ‚Abmahnungen‘, ‚Verleumdungen‘ und ‚Verdachtskündigungen‘ widersprechen elementaren Rechtsgrundsätzen. Sie sind umgehend zu unterbinden. Starke demokratische Gegenmacht ist die Voraussetzung, um Betriebsrats- und Gewerkschaftsbekämpfung stoppen zu können. Sie muss in den Betrieben und in der Öffentlichkeit entwickelt werden.“

Die Veranstaltung des Komitees „Solidarität gegen BR-Mobbing!“ wird unterstützt von IG Metall Mannheim sowie DGB Baden-Württemberg, IG BCE Weinheim, Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt Baden (KDA), Überbetriebliches Solidaritätskomitee Rhein-Neckar, ver.di Rhein-Neckar und work-watch Köln.

Die Konferenz soll nicht nur die dringend notwendige bundesweite Zusammenarbeit gegen BR-Mobbing und Gewerkschaftsbekämpfung stärken, sondern vor allem ein solidarisches Forum zum persönlichen Erfahrungsaustausch und zur praktischen Hilfe anbieten. ■

Weitere Infos zum Thema

www.gegen-br-mobbing.de.

Anmeldung

Wegen des begrenzten Platzangebots ist eine rechtzeitige schriftliche Anmeldung per Mail oder Post erforderlich:
Mail: solidaritaet@gegen-br-mobbing.de;
Postadresse: Komitee „Solidarität gegen BR-Mobbing!“, Speyerer Str. 14, 68163 Mannheim.



Plenum der 9. Konferenz „Betriebsräte im Visier“, 15.10.2022.

Foto: helmut-roos@web.de.

Dem Skandal bei ProMinent entgegenzutreten!

H. S.

Mehrfach haben wir in Avanti² über den Skandal beim Heidelberger Dosierpumpenhersteller ProMinent berichtet.

In diesem Unternehmen, in dem der BDA-Präsident Rainer Dulger Mitigentümer und Teil der Geschäftsführung ist, werden seit Jahren aktive Betriebsratsmitglieder massiv gemobbt.

Mit Unterstützung einer von der Unternehmensleitung initiierten ProMinent-Liste konnte bei der letztjährigen Betriebsratswahl der bisherige IG Metall-Betriebsrat zerschlagen werden.

Übler Tiefpunkt war danach die un gerechtfertigte fristlose Kündigung des ehemaligen Betriebsratsvorsitzenden direkt nach der Betriebsratswahl. Der Kollege hatte zwar Ende 2022 den Kündigungsschutzprozess gegen ProMinent gewonnen, aber dagegen ist die Firmenleitung bezeichnenderweise in Berufung gegangen.

Gegen die Machenschaften bei ProMinent wendet sich eine Solidaritätskampagne um den international bekannten Autor Günter Wallraff. Träger dieser Aktion sind

die Anlaufstelle Union Busting beim Vorstand der IG Metall in Frankfurt, das Komitee „Solidarität gegen BR-Mobbing!“ aus Mannheim und nicht zuletzt Work Watch e. V. aus Köln.

Um dem Treiben der Geschäftsleitung möglichst schnell ein Ende setzen zu können, sollten möglichst viele weitere Menschen, insbesondere aus Gewerkschaften und Betriebsräten, den Aufruf von Günter Wallraff unterstützen.*

Für Herbst ist der Berufungstermin in Sachen fristloser Kündigung des ehemaligen BR-Vorsitzenden vor dem Landesarbeitsgericht in Mannheim geplant. Auch dort wird Solidarität mit dem gemobbten Kollegen erforderlich sein. ■

***Link zur Unterstützung des Aufrufs von Günter Wallraff:**

www.netigate.se/ra/s.aspx?s=1151263X385586598X71018



Protest in Mannheim gegen BDA-Präsident Dulger, 9. Mai 2023.

Foto: Avanti²

Humanitäre Hilfe für ukrainische Gewerkschaften unterstützen!

Seit Ende 2022 wird der Aufruf „Gewerkschaftliche Solidarität - Humanitäre Hilfe für ukrainische Gewerkschaften“ verbreitet. Wir dokumentieren im Folgenden Auszüge und schließen uns der dort enthaltenen Bitte um Unterstützung vor allem durch Weiterverbreitung, Unterschriften und Geldspenden erneut an.

Der russische Angriffskrieg hat zu enormem Leid in der ukrainischen Gesellschaft geführt. ... Die Gewerkschaften spielen eine zentrale Rolle bei der Aufrechterhaltung notwendiger Dienstleistungen wie in Krankenhäusern oder im öffentlichen Verkehr. Gewerkschaftsmitglieder riskieren dabei zum Teil ihr Leben, in dem sie in östlichen Provinzen weiter in Krankenhäusern die Versorgung oder z. B. als Eisenbahner:innen die Verbindungen zur Bevölkerung im Osten aufrechterhalten.

Wir stehen im engen Kontakt zu der Gewerkschaft der Eisenbahner:innen und der Gewerkschaft des Krankenhauspersonals; beide gehören der Konföderation Freier Gewerkschaften der Ukraine KWPU an. Beide Gewerkschaften kämpfen nicht nur gegen die Folgen des Krieges, sondern auch gegen den Abbau von Arbeitsrechten durch die eigene Regierung. Diese beiden Gewerkschaften benötigen humanitäre Hilfe und unsere Solidarität. ...

Wir rufen zur Unterstützung dieser beiden Gewerkschaften mit Spenden auf. Die Spenden sollen für humanitäre Hilfe an unsere gewerkschaftlichen Kooperationspartner:innen in der Ukraine

gehen – einerseits in Form von Geldspenden zur Unterstützung der Familien der Gewerkschaftsmitglieder, andererseits in Form von Lieferungen hier gekaufter Medikamente für die Gesundheitsversorgung in Krywyj Rih. Wir stehen mit aktiven Gewerkschafter:innen aus Kiew und Krywyj Rih in Verbindung, werden von ihnen Berichte und Verwendungsnachweise erhalten und möchten mittelfristig wechselseitige Besuche organisieren. ■

Spenden an:

Internationale Solidarität e. V. Stichwort „Ukraine Solidarität“, IBAN: DE94 4306 0967 6049 1075 00

Namentliche Unterstützung:

Bitte mit Vor- und Nachname, Ort, Gewerkschaft an: Christian Haasen. Email: ukraine-solidaritaet@intersoz.org.

Bitte verbreitet diesen Aufruf unter Euren Kolleginnen und Kollegen!

ISO-Infoabend Juli 2023

Erinnerung an Hugo Blanco (1934 - 1923)

R. G.

Hugo Blanco war ein peruanischer Revolutionär und charismatischer Führer der indigenen Bauernbewegung in Peru. Über viele Jahrzehnte war er ein weltweit bekanntes Mitglied der IV. Internationale. Am 25. Juni 2023 starb er. Aus diesem Grund widmete ihm die ISO Rhein-Neckar ihren Juli-Infoabend.

Zu Beginn wurde in einem Kurzreferat das Leben und Handeln Hugo Blancos mit der Geschichte der letzten 70 Jahre verknüpft; danach der Film „Hugo Blanco, Río Profundo“ von Malena Martínez Cabrera aus dem Jahr 2019 gezeigt.

Gelungene Einführung

Der Referent erinnerte an die welthistorischen Veränderungen nach dem II. Weltkrieg, die Hugo Blancos Leben begleiteten: Der Zerfall der alten Kolonialreiche und das Entstehen neuer globaler Machtzentren, die erfolgreichen Revolutionen in China, Kuba, im Iran und in Nicaragua sowie deren autoritäre Degeneration, die antikolonialen Revolutionen und antiimperialistischen Bewegungen in Afrika, Asien und Lateinamerika und nicht zuletzt die demokratischen Bewegungen in den stalinistischen Ländern sowie die Kämpfe in den imperialistischen Zentren.

All dies entfachte während der ersten Lebenshälfte Blancos global die Hoffnung,

den Kapitalismus überwinden zu können. Es entstand eine Generation von jungen Revolutionär:innen, die überzeugt waren, dass der Sozialismus in naher Zukunft möglich sei. Viele davon ließen sich mit politischer oder beruflicher Karriere wieder in das bürgerlich-kapitalistische System integrieren. Aber einige blieben sich und ihren Auffassungen treu und führten den Kampf weiter. Hugo Blanco war einer von ihnen.

Beeindruckender Film

Der Film überzeugt mit einer poetischen Bildsprache. Zugleich ist er ein zutiefst politischer Film über Peru, über die indigene Kultur, über die Kämpfe der bäuerlichen Gemeinschaften um Land und Natur sowie über den beeindruckenden Menschen Hugo Blanco.

Anhand von Filmdokumenten und Zeitungsartikeln sowie Interviews mit Indigenen und Kampfgefährten führt der Film zurück bis in die 1960er Jahre. Er beschreibt die Ausbeutung und Rechtlosigkeit der in-

digenen Bauern und macht so deren Kämpfe gegen die Großgrundbesitzenden verständlich. Kämpfe, in denen sich die Indigenen immer wieder mit Waffen gegen den brutalen Terror der Großgrundbesitzer und deren Banden verteidigen mussten.

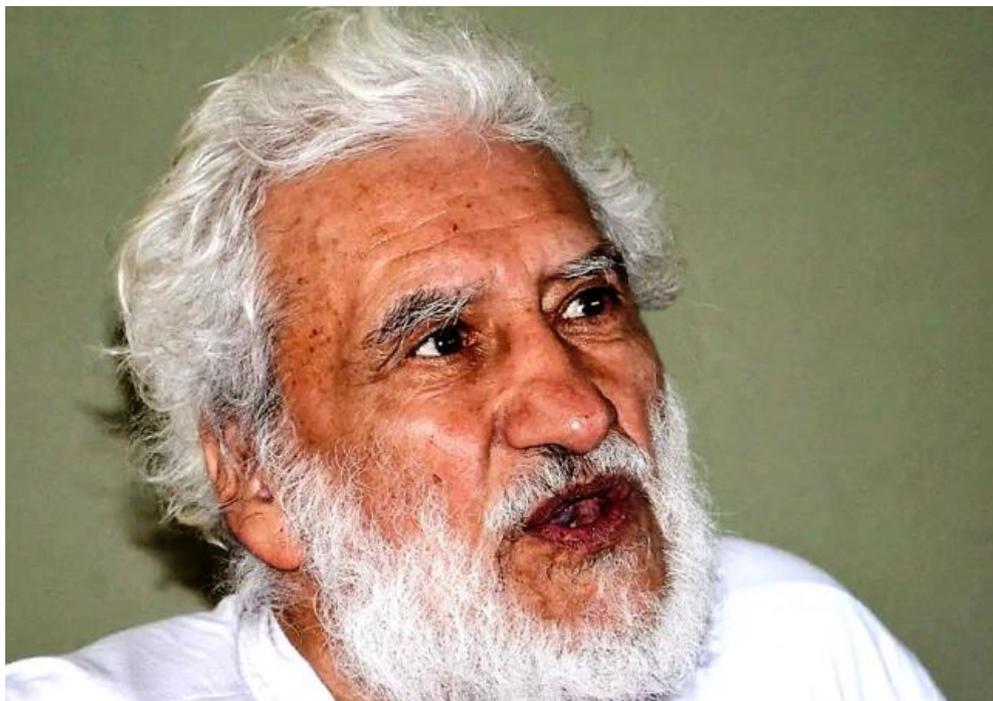
Ein wichtiger Teil des Films sind die Gespräche der Regisseurin mit Hugo Blanco über frühere Zeiten und seine heutigen Einschätzungen. Diese werden immer wieder unterbrochen von aktuellen Filmaufnahmen, die Hugo Blanco unter anderem beim Besuch indigener Gemeinschaften, bei seiner Teilnahme an Aktionen gegen naturzerstörende industrielle Großprojekte und in der Redaktion der von ihm mitherausgegebenen Zeitung *Lucha indigenas* (dt.: Indigener Kampf) zeigen.

So gelingt es dem Film hervorragend, die Verbindung zwischen Vergangenheit und Gegenwart des Menschen und politischen Aktivisten Hugo Blanco herzustellen.

Lohnende Zeitreise

Die anschließende Diskussion machte deutlich, wie sehr Hugo Blanco die Teilnehmenden beeindruckt hatte. Seine Standhaftigkeit, sich nicht von einer möglichen parlamentarischen Karriere oder Geld kaufen zu lassen und sich nicht mit schlechten Kompromissen zufrieden zu geben. Seine tief in ihm verwurzelte Überzeugung, nicht stellvertretend für die indigenen Gemeinschaften handeln zu wollen, sondern für deren eigenständige Praxis und Selbstorganisation einzutreten. Und nicht zuletzt, seine bis zu seinem Tod aktive Verbundenheit mit dem Kampf der Indigenen gegen Unterdrückung und Ausbeutung sowie um Land, Natur und Selbstbestimmung.

Unser Infoabend ließ Geschichte lebendig werden, indem er sie mit dem Leben des Menschen und Aktivisten Hugo Blanco verband. Für die Teilnehmenden eine lohnende Zeitreise. ■



Hugo Blanco

Foto: Socialist Resistance.

„Die Türkei nach den Wahlen – Was nun?“ Bewahrt ein „souveräner Diktator“ die Republik vor „ihren Feinden“?

S. T.

Der monatliche Infoabend der ISO Rhein-Neckar im Juni hatte die Präsidentschaftswahlen in der Türkei zum Thema. Unser Referent befasste sich in seinem einleitenden Beitrag mit den Widersprüchen in dem Land zwischen Südeuropa und Vorderasien.

Auch wenn die Bedingungen für die Durchführung der beiden Wahlgänge völlig unfair waren, ist es Fakt, dass das Regime triumphiert hat. Weder die Wirtschaftskrise noch die Erdbeben und noch weniger die Angriffe auf die Demokratie haben die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler dazu gebracht, mit Erdogan zu brechen. Er wird seine Amtszeit im riesigen Präsidentenpalast nun um weitere fünf auf 26 Jahre ausweiten können.

Betrachtet man die derzeitige politische Verfasstheit der Türkei, dann ist nur noch schwer nachvollziehbar, dass Erdogans Partei, die AKP, einst große Hoffnungen auf demokratische Reformen, einen EU-Beitritt, friedliche Beziehungen zu den Nachbarländern und mehr Wohlstand weckte. Das kam gut an in einem Land, das von einem grausamen Krieg gegen die Kurden, grassierender Korruption, instabilen Koalitionsregierungen und der Vorherrschaft des Militärs heimgesucht wurde.

Erdogans Machtentfaltung

Doch inzwischen hat Erdogan nahezu alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, die Verwaltung und den Staatsapparat in seine Hand gebracht und wichtige Posten mit seinen Günstlingen besetzt. Auch der größte Teil der Medien des Landes ist unter seiner Kontrolle, außerdem die Justiz, das Militär und die Polizei. Widerspruch und Kritik werden konsequent verfolgt und unterdrückt.

Seine Anhängerinnen und Anhänger konnte Erdogan mit einer Politik gewinnen, die an religiöse Gefühle und einen extremen Nationalstolz appelliert. In der heutigen Türkei bestimmt der Staatspräsident, was das „Gemeinwohl“ ist. Für Erdogan gehören zum „Gemeinwohl“: die Förderung einer „islamischen“ Generation und die Einschränkung aller anderen Lebensformen, eine hohe Geburtenrate der ethnischen Türiinnen und eine niedrige der ethnischen Kurdiinnen, die Stärkung traditioneller Geschlechterrollen und der Kampf gegen sexuelle Selbstbestimmung.

Die Exekutive besteht aus ihm selbst. Er ernennt seine Minister ohne Zustimmung des Parlaments. Er hat in allen Bereichen der Staatsverwaltung das letzte Wort. Das Parlament ist faktisch seiner Stellung als Gesetzgeber beraubt. Seine Möglichkeiten zur Kontrolle der Regierung sind extrem beschnitten. Den Abgeordneten kann fast nach Belieben die Immunität entzogen werden.

Erdogan kurbelte die Rüstungsindustrie an und ließ ethnische „Säuberungen“ durchführen. Sie ermöglichten die Nutzung von Gebieten, die zuvor nicht unter der Kontrolle ethnischer Türken standen. Dazu zählen die Cûdî- und Gabar-Berge im Südosten des Landes. „Zufällig“ wurden dort „später“ große Erdöl-

reserven mit einer täglichen Förderkapazität von 100.000 Barrel entdeckt.

Hemmungslose Bereicherung

Während das Russland-Geschäft der übrigen NATO-Staaten einbrach, lag das Handelsvolumen der Türkei mit Russland nur sieben Monate nach Beginn des Überfalls auf die Ukraine um 198 Prozent über dem des Vorjahrs. Im März 2022 rief Erdogan Unternehmer dazu auf, ihre Firmen in die Türkei zu verlagern. Im August desselben Jahres wurde ein Gesetz mit dem Namen „Frieden mit dem Reichtum“ (Varlık Barışı) neu aufgelegt und auf nichttürkische Staatsbürger ausgedehnt. Es ermöglicht den Transfer aller beweglichen Vermögenswerte (Devisen, Gold etc.) ohne nennenswerte Steuern und ohne jegliche Prüfung darüber, wie dieser Reichtum entstanden und in die Hände seiner Besitzer gelangt ist. Es ist offensichtlich, dass sich durch Erdogans Politik sein eigener Clan und die kapitalistische Klasse insgesamt hemmungslos bereichern.

Um erfolgreich sein zu können, muss der Kampf gegen Erdogans Autoritarismus mit einem sozialen, klassenmäßigen Inhalt ausgestattet werden. Dies geschieht durch das Entwickeln des Klassenbewusstseins der Arbeitenden, die Fähigkeit zur Selbstorganisation der Ausgebeuteten, die Kämpfe der Frauen gegen die patriarchalische Vorherrschaft und durch die Vereinigung der einheimischen und migrantischen Arbeiterinnen und Arbeiter – seien sie türkischer, kurdischer, syrischer oder afghanischer Herkunft. Letzteres ist die größte Herausforderung für die radikale Linke. Denn Freiheit und Gleichheit können nur durch die einheitliche Gegenmacht der arbeitende Klasse selbst erreicht werden. ■



Alevit:innen auf Mannheimer DGB-Demo, 1. Mai 2022.

Sommer-Seminar 2023 der ISO Rhein-Neckar

Kapitalismus oder Sozialismus?

R. G.

Der Titel unseres diesjährigen Sommerseminars der ISO Rhein-Neckar lautete „Kapitalismus: Paradies der allerletzten Generation? Sozialismus: Eine Utopie?“. Ziel war zum einen die Vertiefung des gemeinsamen Verständnisses vom aktuellen Kapitalismus. Zum anderen ging es um die Durchsetzung einer demokratischen, solidarischen und ökologischen Gesellschaft.

Die Veranstaltung war in zwei Teile gegliedert: Erstens die Darstellung des heutigen Kapitalismus und seiner Krisen und zweitens die notwendigen revolutionär-sozialistischer Alternativen zum Chaos des Profitsystems. Dokumentarische Filmausschnitte von Ernest Mandels heilsichtiger Kritik des Kapitalismus und Lieder von John Lennon und Bernd Köhler lockerten das Seminar auf.

Die apokalyptischen Reiter

Im ersten Referat ging es unter anderem um die Spaltung der Gesellschaft in unterschiedliche Klassen, um die Verteilung des Reichtums dieser Welt zu Gunsten einiger weniger und die zunehmende Konzentration von Kapital und Macht.

Sehr eindrücklich zeigte der Referent die Folgen und das Elend der aktuellen Krisen des Kapitalismus. Dazu übernahm er das biblische Bild der vier apokalyptischen Reiter. Diese stünden für Krieg, Tod, Hunger und Seuchen und seien ein passendes Symbol für die Schrecken des globalen Kapitalismus.

Mit statistischen Weltkarten gelang es, die enorme Ungerechtigkeit des herrschenden Systems einprägsam zu vermitteln. So seien die Menschen in den armen und weniger entwickelten Ländern von Hunger, fehlender Schulbildung, mangelnder Gesundheitsversorgung und Krieg besonders betroffen.

Kapitalismus abschaffen

Der zweite Vortrag bot einen anspruchsvollen Einstieg in die Theorie des revolutionären Marxismus. Unter anderem behandelte er das Wesen des bürgerlich-kapitalistischen Staats, das Verhältnis von Reform und Revolution sowie unsere strategischen Vorschläge zur Überwindung des Kapitalismus.

Ausgehend von dem Beispiel und den Erfahrungen der Pariser Kommune sowie den folgenden Revolutionen habe sich die Rätedemokratie als Gegenmodell zur bürgerlichen Klassengesellschaft erwiesen. Sie sei das direkte Ergebnis der Selbstorganisation und Eigenaktivität der arbeitenden Klasse und für diese die einzige Möglichkeit, ihre Interessen durchzusetzen. Im bürgerlichen Staat sei dies nicht möglich, da dieser untrennbar mit dem Kapitalismus und den Profitinteressen der herrschenden Klasse verknüpft sei.

Zum Schluss behandelte unser Referent die Frage, wie der Kapitalismus überwunden werden kann. Angesichts der Krisenhaftigkeit dieses Systems und des unterentwickelten politischen Klassenbewusstseins der Arbeitenden sei ein Programm von Übergangsforderungen notwendig. Forderungen, die Massenmobilisierungen ermöglichen und sich im Kapitalismus nicht

vollständig umsetzen lassen.

Beispiele für solche Forderungen seien zum einen die systematische Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Personal- und Lohnausgleich zur Bekämpfung von Erwerbslosigkeit und Armut, zum anderen die gleitende Lohnskala, die die Löhne kontinuierlich an die Preissteigerungen anpasse.

Breitgefächerte Diskussionen

Die Diskussionen berührten zahlreiche Themen des alltäglichen kapitalistischen Wahnsinns in Deutschland und der Welt. Nicht weniger intensiv wurde die Rätedemokratie sowie ihr historischer Hintergrund und ihre Funktionsweise diskutiert.

Unser Seminar bot den Teilnehmenden einen interessanten Gedankenaustausch, intensive Anregungen durch neue oder bereits bekannte Ideen und letztendlich eine Bereicherung für das eigene Denken und Handeln. ■



Teilansicht des Plenums unseres Sommerseminars in Mannheim, 12.08.2023.

Foto: Avanti².

In Feudenheim und überall – Der AfD entgegenzutreten!

O. T.

Unter diesem Motto fand am 30. Juni 2023 eine Kundgebung mit anschließender Demonstration gegen eine AfD-Veranstaltung im Feudenheimer Schützenhaus statt.

Organisiert hatte den Protest das Offene Antifaschistische Treffen Mannheim (OAT). Neben anderen Initiativen und Organisationen hatte auch die ISO Rhein-Neckar zur Beteiligung aufgerufen.

Bei der Auftaktkundgebung auf dem Feudenheimer Marktplatz wurde in verschiedenen Redebeiträgen auf die Gefahr einer weiteren Rechtsentwicklung hingewiesen. Die derzeit hohen Zustimmungswerte für die AfD (20 %) seien mehr als beunruhigend. Der AfD gelänge es, sich angesichts der aktuellen Krisen und einer wachsenden Unzufriedenheit gegenüber der Regierung erfolgreich als einzige Oppositionspartei zu präsentieren. Gleichzeitig würden Rechtsextreme in deutschen Parlamenten als Normalität immer mehr hingenommen. Dagegen müsse man sich gemeinsam wehren.

Insgesamt beteiligten sich etwa 250 Menschen an der Kundgebung und der nachfolgenden Demonstration zum Feudenheimer Schützenhaus. Bei der dort von starken Polizeikräften abgesperrten Zufahrt mussten sich ankommende Besucher der AfD-Veranstaltung den lautstark geäußerten antifaschistischen Protest der Demonstrierenden anhören.

Die Zeit ist reif für den Aufbau einer breiten sozialen Front gegen Faschismus! ■



Kundgebung gegen AfD in Feudenheim, 30. Juni 2023.

Foto: Avanti².

ISO/IV. Internationale

Wer wir sind und was wir wollen

Die Internationale Sozialistische Organisation (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- FR, 01.09.2023, 18:00 Uhr, Kundgebung zum Antikriegstag, Paradeplatz MA
- SO, 03.09.2023, 11:00 Uhr, Virtuelle politische Bildungsreihe der ISO
- FR, 15.09.2023, 17:00 Uhr, Klimastreik, Ehrenhof, Schloss MA
- FR, 15.09.2023, 18:00 Uhr, Lechleiter-Gedenken, Lechleiter-Platz MA
- DO, 21.09.2023, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Solikomitee, Gewerkschaftshaus MA
- FR, 22.09.2023, 19:00 Uhr, ISO-Infoabend zu aktuellem Thema, MA
- DI, 26.09.2023, 19:00 Uhr, Veranstaltung „Atombombenopfer mahnen“, C 2, 16-18 MA

Vorschau

- SAM, 14.10.2023, 13:00 Uhr, Konferenz „BR im Visier“, Gewerkschaftshaus MA



Impressum:
ISO Rhein-Neckar
Postfach 10 26 10, D-68026 Mannheim

Tel./Fax: +49 (0) 621/429 481 54
Email: info@iso-4-rhein-neckar.de
Web: www.iso-4-rhein-neckar.de Facebook: www.facebook.com/iso.4.rn

